

> Wie funktioniert Patientenbeteiligung bei HTA?

Wien (pag) – Die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Health Technology Assessment (HTA) nimmt offenbar zu, nachdem sich die Community dem Thema in der Vergangenheit „langsam und vorsichtig“ angenähert hat. Das ist in einem kürzlich erschienenen Bericht des österreichischen Ludwig Boltzmann Instituts HTA nachzulesen.

Dem Report zufolge werden aktuell Stimmen immer lauter, die insgesamt „ein Umdenken“ bei der evidenzbasierten Medizin (EbM) und HTA forderten. Es werden Experten wie Trisha Greenhalgh zitiert, die sich für eine Neuorientierung der EbM einsetzt. Greenhalgh und andere vertreten die Ansicht, dass die frühzeitige Einbeziehung von Patientensicht und -präferenzen zu einer besseren Medizin führe. Betroffene sollten daher stärker in die Forschung involviert werden, Wissenschaftler mehr und systematischeren Gebrauch von der „individuellen Evidenz“ machen. Zudem sollte der niedere Status der Erfahrung in der Hierarchie der Evidenz relativiert und die Patienten-Communities unterstützt werden, fasst der Report die Forderungen zusammen.

Deutschland bemüht sich

„Beteiligung von BürgerInnen und PatientInnen in HTA Prozessen“ heißt der Bericht, der international publizierte Modelle, Methoden, Erfahrungen in einer systematischen Übersicht zusammenzufasst. Außerdem soll anhand von Län-

derbeispielen und Modellen guter Praxis, Hürden, fördernde Faktoren und Learnings für HTA in Österreich identifiziert werden. In Österreich, so heißt es, gebe es erst wenig Erfahrung mit Bürger- und Patientenbeteiligung. Deshalb haben die Autoren die Beteiligungsformen in anderen Ländern genauer unter die Lupe genommen. „Großbritannien: lange Tradition; Deutschland: Bemühen; Frankreich: wenig konsequent“, auf diese knappe Formel wird an einer Stelle das Ergebnis des Dreiländer-Vergleichs gebracht. Zu den Ländern im einzelnen: Großbritannien hat den Autoren zufolge eine vergleichsweise lange Tradition der Öffentlichkeitsbeteiligung. Jeder Arbeitsbereich des National Institute for Health and Care Excellence (NICE) offeriere unterschiedliche Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Erwähnenswert ist auch der 2002 vom NICE etablierte „Citizens' Council“ („Bürgerrat“), der die Werthaltung der Bevölkerung ermitteln soll. Dem gegenüber sind bei der französischen Haute Autorité de Santé (HAS) – ein unab-



hängiges, wissenschaftliches Institut, das an das Gesundheitsministerium und das Parlament berichtet – keine Patientenvertreter involviert. Hierzulande haben Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss, der als kleiner Gesetzgeber des Gesundheitswesens gilt, ein Antrags- und Mitberatungsrecht, allerdings kein Stimmrecht.

Die Beteiligung von Bürgern und Patienten in HTA-Prozessen sei nur dann sinnvoll, wenn auch die Politik und Entscheidungsträger bereit sind, bei ihren Entscheidungen auf deren Expertise zurückzugreifen, lautet das Fazit des Berichts. <<<

> PEPP-Protest zeigt Wirkung

Berlin (pag) – Der jahrelange Protest gegen PEPP ist offenbar erfolgreich gewesen: Der Entwurf eines „Gesetzes zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) sieht eine Neufassung des Psych-Entgeltsystems vor.

PEPP steht für pauschalierendes Vergütungssystem für psychiatrische und psychosomatische Krankenhäuser und Fachabteilungen. Gegen das unter schwarz-gelb eingeführte Sys-

tem gab es starke Widerstände von Ärzten, Sozial- und Patientenverbänden sowie Gewerkschaften. Es zielt vorrangig auf ökonomische Anreize ab, benachteiligte schwer kranke Pa-

tienten, Kürzungen des Personalaufwands seien zu fürchten, hieß es beispielsweise in einem Positionspapier, das unter anderem der Paritätische Gesamtverband, ver.di und der Ver-